

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

10 Pfennig

Mittwoch

20. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 292-297

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die neue Regierung bestätigt.

Regierungserklärung im Reichstag nächste Woche.

Umschlag wird mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident hat den Reichskanzler Dr. Luther in seinem Amte neu bestätigt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt:

- Reichsminister des Auswärtigen: Dr. Stresemann.
- Reichsminister des Innern: Dr. Kütz.
- Reichsminister der Finanzen: Dr. Reinhold (Sächsischer Finanzminister).
- Reichswirtschaftsminister: Dr. Curtius.
- Reichsarbeitsminister: Dr. Brauns.
- Reichsminister der Justiz, zugleich mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt: Dr. Marg.
- Reichswehrminister: Dr. Gessler.
- Reichspostminister: Singsl.
- Reichsverkehrsminister: Dr. Krohne.

Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist vorläufig Reichskanzler Dr. Luther beauftragt worden.

Reichskanzler Dr. Luther wird seine Regierungserklärung im Reichstag erst am kommenden Dienstag abgeben. Der Grund für eine so lange Verzögerung ist nicht recht ersichtlich, nachdem während der Verhandlungen über die Regierungsbildung immer wieder versichert worden ist, daß die Regierungsparteien über das sachliche Programm bereits einig wären. Indessen kommt nun, nachdem die Quasien der Verhandlungen über die Regierungsbildung überwunden worden sind, die andere Frage, wie die neue Regierung vor dem Reichstage bestehen wird. Wo ist die Mehrheit für die neue Regierung?

Die Erörterungen der gesamten Morgenpresse stehen im Zeichen dieser Frage. Die Presse der Regierungsparteien läßt größte Zurückhaltung. Es gibt schließlich keine Regierungserklärung, die mit dieser Regierungsbildung wirklich zufrieden wäre. Man sieht die Schwierigkeiten, man ist von den inneren Schwierigkeiten der letzten Tage noch abgetäpft.

Die Presse der Rechten verhält sich abwartend, in der Sache aber ablehnend. Die „Deutsche Tageszeitung“ bezeichnet die neue Regierung als „Kabinett der linken Mitte“ und kündigt eine negative Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion an:

„Nach langen Irrungen und Wirrungen zustande gekommen, zeigt es das gleiche so einseitig nach links gewandte Gesicht, daß man endlich aufhören sollte, von einem Kabinett der Mitte zu sprechen, ganz abgesehen noch von der besonderen Verschleierung seines Charakters, die in dem Selbstwort „neutral“ erblickt werden mußte. . . . Eins freilich dürfte von vornherein feststehen: da Herr Dr. Luther sein Kabinett mit vollem Bewußtsein so zusammengesetzt hat, daß in ihm die Linkstendenzen besonders stark hervorreten, so wird die Haltung der Reichsparteien zu der neuen Regierung entsprechend und demgemäß eine negative sein. Herr Dr. Luther ist wohl im politischen Geschäft erfahren genug, als daß er sich darüber irgendeinem Zweifel hingeben könnte.“

Entschieden nimmt die „Deutsche Zeitung“ gegen das Kabinett Luther-Stresemann Stellung:

„So seltsam wie der Weg Dr. Luthers innenpolitisch ist, so klar und gradlinig ist er außenpolitisch: Von London, von der als Finanzminister hauptverantwortlichen Unterschrift unter den Dawes-Pakt, über Locarno — jetzt in den Völkerbund. Sein Außenminister heißt Stresemann. Selbst wenn Kütz, Reinhold, Marg, der als Landwirtschaftsminister in Aussicht genommene weitere Zentrumsmann (Crone-Rüschbrod etwa gar?) u. d. a. nicht wären — der Name Stresemann allein wahrhaftig ist Herausforderung mehr als genug; nur eine Parole also kann es dem neuen Kabinett gegenüber geben: Allerhöchste Opposition mit allen Mitteln!“

Die hier angekündigte schärfste Opposition gilt vor allem dem außenpolitischen Kurs, den die Deutschnationalen von der neuen Regierung erwarten. Auf dem Gebiete der änderen Politik muß die Bahn der Regierung Luther von vornherein klar und eindeutig sein, wenn sie überhaupt eine Chance haben will. Wenn heute morgen die „Germania“ an das Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie appelliert, so muß sie sich, und mit ihr die neue Regierung von vornherein darüber klar sein, daß auf dem Gebiete der Außenpolitik zunächst Proben von Verantwortungsbewußtsein durch die Regierung abzulegen sind. Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund muß unverzüglich herbeigeführt werden. Die neue Regierung muß sofort zeigen, ob sie dem Wunsche der Deutschnationalen, den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu verzögern und zu vereiteln, Rechnung tragen will, oder ob sie die Politik von Locarno geradlinig fortsetzen will.

Es gibt noch Richter in Prag.

Geschwidrige Tschechisierungskulase kassiert.

Prag, 20. Januar. (T.S.B.-Bridalmeldung.) Der Oberste Verwaltungsgerichtshof verurteilt gestern die Entscheidung über mehr als 160 Beschwerden von Gemeinden, Gastwirten, Hoteliers und Hotelgesellschaften sowie einzelnen Gastwirtengemeinschaften verschiedener Städte gegen die im Instanzenzug vom Handelsministerium bestätigten Entscheidungen der Gewerbebehörden über die Sprache der Schilder, Aufschriften usw. Die Gewerbebehörden hatten den Hoteliers und Gastwirten in den deutschen Kurorten und Ausflugsorten aufgetragen, sämtliche äußeren und inneren Aufschriften, Aushänge, Schilder, Speise- und Getränkekarten nur tschechisch oder mehrsprachig mit tschechischem Text an erster Stelle auszuführen und für tschechisches Personal zu sorgen. Der Oberste Verwaltungsgerichtshof hat

alle diese Entscheidungen wegen Geschwridrigkeit aufgehoben, da die Entscheidungen der Gewerbebehörden nicht unter den Begriff gewerbepolizeilicher Maßnahmen fielen. Mit den Einwänden der Beschwerdeführer, die angeordneten Entscheidungen widerstritten der Verfassung, dem Sprachengesetz und dem Friedensvertrag von St. Germain, befahte sich das Oberste Verwaltungsgericht nicht.

Regierungsbildung und Börse.

Die vollendete Kabinettsbildung wirkte an der Börse, vor allem aber in der Provinz sehr günstig, was sich in ansehnlichen Kaufaufträgen, namentlich aus dem Rheinlande, widerspiegelte. Das Ausland, hauptsächlich Amerika und die Schweiz, zeigten zwar auch Interesse, doch bei weitem nicht in dem Maße wie die Provinz. Im weiteren Verlaufe nahm die Spekulation zum Teil umfangreiche Realisationen vor, so daß die Dinge durchweg 1 bis 2 Proz. und mehr nachgaben. Montanaktien bis zu 2 Proz. anfänglich gebessert, darüber Hoelsch, Köln-Neu-Essen und Mannesmann. Kalkaktien befestigt, ebenso Farben, vor allem Goldschmitt Elektroaktien lebhaft und zum Teil stark erhöht, namentlich Aktus und Licht und Kraft. Auch sonstige Industrie recht fest, so Loewe, sämtliche Spritwerte, Saccharin schwächer. Schiffahrtsaktien uneinheitlich, die Standardwerte abgemächert. Nebenwerte bevorzugt. Banken freundlich, vor allem Deutsche, Handelsbank und Reichsbank. Die Gewinne beeinflussten die Spekulation zu Realisationen auf der ganzen Linie, wodurch die Kurse zum Teil nicht unwesentlich gelockert wurden. Der Rentenmarkt ist noch immer fest, Schuldzinsen 5,37, Kriegsanleihe 0,245, Türken beachtet, Ungarn schwach. Die Hausse in Kanada hat aufgehört, die gestrigen Realisationen wurden fortgesetzt. Der Geldmarkt bleibt außerordentlich leicht. Erste Firmen konnten täglich Geld zu 4 Proz. haben. Am Devisenmarkt verzeichnet der französische Frank einen leichten Rückgang auf 130,10.

Neuer Bombenanschlag in Ost-Oberschlesien

Verdächtige Polizeimänner.

Gleiwitz, 20. Januar. (Mit.) Wie jetzt bekannt wird, wurde am vergangenen Sonntag um 14 Uhr morgens in Oberlazist (Ost-Oberschlesien) ein Bombenattentat auf die der Polizeiwache gegenüberliegende Gastwirtschaft des Johann Mucha verübt. Mucha, der sich zum Deutschtum bekennt, wurde bereits seit einiger Zeit durch Drohbriefe zum Verlassen des Landes aufgefordert. Diese Drohbriefe wurden, ohne daß die Polizei eingeschritten wäre, sogar am schwarzen Brett der Schule ausgehängt. Der Bombenwurf richtete am Gebäude und an der Einrichtung der Gastwirtschaft bedeutenden Schaden an. Die polnische Presse behauptet, daß die Deutschen durch das Attentat eine Sonntagabend in der Gastwirtschaft beabsichtigte polnische Turnerveranstaltung verhindern wollten, und in derselben Richtung nahm auch die Polizei ihre Ermittlungen vor, indem sie sofort 16 Arbeiter, die als Vertrauensleute der deutschsozialistischen Gewerkschaft bekannt sind, verhaftete. Die Arbeiter mußten mangels eines jeden Beweises freigelassen werden, nur der Vertrauensmann des Deutschen Schulvereins, Gromitsch, wurde in Haft gehalten. Die Polizei hat bei ihm mehrmals fruchtlose Hausdurchsuchungen vorgenommen, doch Sonntagabend fand sie bei ihm plötzlich vier Karabiner und Munition! Es liegt offenbar ein wohlüberdachter Plan unter Mitwirkung der polnischen Polizei vor, um Mucha gewaltsam zu verdrängen und die deutsche Arbeiterchaft zu diskreditieren.

Der Kampf gegen das ostoberschlesische Deutschtum hat dem polnischen Nationalismus bisher so wenig Erfolg gebracht, daß man die Volkszählung, die zum Jahreswechsel fällig war, plötzlich verschoben hat. Obwohl die Zählkommission bereits eifrig am Werke der Fälschung des Nationalitätsbekenntnisses durch List und Druck gearbeitet haben, fürchtete man doch, daß die Volkszählung eine überraschend hohe Stärke der sich als Deutsche bekenmenden Neu- und Rußpolen ergeben würde. Darum wurde sie verschoben. Soll jetzt Dynamit erreichen, was allen anderen Mitteln ver sagt geblieben ist?

Wir wiederholen, daß jede Mißhandlung der deutschen Minderheit in Polen die deutsch-polnische Versöhnung erschwert, und wir begrüßen die uns bekannte Absicht der Polnischen Sozialistischen Partei (P.S.), in Zukunft entschiedener als bisher für die Rechte und den Schutz der Minderheitsvölker einzutreten.

Das Kohlenproblem Englands.

Trohende Krise im Frühjahr.

EW. London, Mitte Januar.

Es ist, als ob der Pendel zurückgeschwungen wäre. Nach Jahren, in denen ein Ereignis das andere jagte, und selbst Ruhepausen an die bewegtesten Tage der Vorkriegszeit erinnerten, ist eine Art von Rhythosstille insbesondere in der Innenpolitik eingetreten. Das Parlament ist auf Urlaub, ein großer Teil der Minister und Parteiführer verreise. In dieser Stille sind begreiflicherweise die Berichte von den öffentlichen Sitzungen der Kohlenkommission, die in der vergangenen Woche abgeschlossen wurden, wie ein Misthaufen hörbar geworden. Sie haben die Nation daran erinnert, daß der äußerliche Frieden trügerisch ist, daß unter einer dünnen Schicht verborgen ein Vulkan rumort, dessen Ausbruch im kommenden Frühjahr unvermeidlich zu sein scheint.

Man erinnert sich noch an die Bergbaukrise im vergangenen Juli, die die britische Nation in Atem hielt. Der Kollektivvertrag der Unternehmer und Arbeiter war abgelaufen, ein Streit, dessen Uebergreifen auf die Eisenbahn und das Transportgewerbe unvermeidbar schien, drohte das gesamte britische Wirtschaftsleben lahm zu legen. Die Regierung kapituliert damals; nicht vor den Gewerkschaften, sondern vor der Gefahr. Sie bewilligte in letzter Minute Subsidien für neun Monate, in denen die Lage und Bewirtschaftung der Industrie durch eine „Königliche Kommission“ geprüft werden und von dieser Vorschläge für die Ueberwindung der Krise (als Basis für gesetzgeberische Maßnahmen) unterbreitet werden sollten. Die Kommission ist damals nach einer von der Regierung verschuldeten, beinahe zweimonatlichen Verzögerung an die Arbeit gegangen; sie hat die vorangegangenen Enqueten studiert, ist persönlich in Bergwerke eingefahren und hat schließlich in einer Reihe öffentlicher Verhandlungen Sachverständige und die Vertreter der beiden, an der Industrie hauptsächlich beteiligten Industrien, Unternehmer und Arbeiter, befragt.

Was der Vertreter der Unternehmerorganisation im Namen der Bergherren vorbrachte, war schimmer als selbst diejenigen ermartet hatten, die mit dem „New Statesman“ die Bergbauunternehmer für die „reaktionärste und technisch am wenigsten zuständige Körperschaft von Unternehmern Großbritanniens“ gehalten haben. Trotz einem allgemein bekannten, unwiderleglichen Material über die betriebstechnische Verschlamung und Rückständigkeit des britischen Kohlenbergbaus, über die unendlich kostspielige Zersplitterung in kleine und kleinste Gruppen, wagte es der Vertreter der Bergbaubesitzer, nicht nur jede technische Rückständigkeit rundweg abzuleugnen, sondern geradewegs den Arbeitern, „deren exorbitante Forderungen Profite unmöglich machen“, die Schuld für die gegenwärtigen Schwierigkeiten in die Schuhe zu schieben. Nicht technische Umstellung, nicht Zusammenlegung zusammengehöriger Gruppen, nicht Abschaffung der die Industrie schwer belastenden, mittelalterlich feudalen Royalities (Grundzehnt) und schon gar nicht Nationalisierung, sondern Zerbrechung des von den Arbeitern schwer erkämpften nationalen Lohnabkommens zugunsten lokaler Lohnregelungen, Rückkehr zum Achtstundentag, direkte Lohnfürzungen, Herabsetzung der Frachttarife durch Lohnfürzungen bei den Eisenbahnen, Verbilligung aller übrigen Transportkosten durch Erniedrigung der Löhne der Hafenarbeiter — das ist die Zauberformel des Unternehmerverbandes. Aber schon der Vorsitzende der Kommission Sir Herbert Samuel, dem gewiß keine Voreingenommenheit gegen die Unternehmer vorgeworfen werden kann, brachte durch seine Zusammenfassung der Konsequenzen dieser Forderungen die Position der Unternehmer moralisch ins Wanken. Er wies darauf hin, daß eine Durchführung dieser Forderungen nicht nur unerbahrte Mehrarbeit, nicht nur Lohnherabsetzung bis zu 15 Schilling die Woche bedeuten würde, sondern sie hunderttausend zusätzliche arbeitslose Bergarbeiter mit sich bringen müßte und der englische Bergarbeiter im Fall ihrer Verwirklichung unter die Arbeitsbedingungen seiner kontinentalen Kollegen (mit einziger Ausnahme der polnisch-schlesischen Bergarbeiter) heruntergedrückt würde. Selbst bei Erfüllung des Unternehmerplans verbliebe aber ein Defizit von 3 Pence per Tonne.

Die Bergarbeiter legten ihre Auffassung in einem Nationalisierungsplan nieder, dem besondere politische Bedeutung zukommt, weil er als Willensausdruck der gesamten Arbeiterschaft angesehen werden kann. Das Projekt geht von der Erkenntnis aus, daß das Kohlenproblem in England zugehört hat, ein reines Produktions- und Absatzproblem zu sein und die Krise der Industrie nur in dem großen Zusammenhang der gesamten Kraft-Transportunterlage und Versorgung der britischen Industrie gelöst werden kann. „Wir schlagen vor“, so heißt es in der offiziellen Darstellung des Planes, „daß die Kohlenindustrie eine Organisation zur Beschaffung von Kohle, Herstellung elektrischer Kraft in größtem Maßstabe, Produktion von Koks und rauchloser Heizung, eine Organisation für die Gas erzeugung, Produktion von Heizöl, von Ammonium und anderen Beiprodukten werden soll. Wir schlagen vor, daß diese so umorganisierte Industrie der Nation gehören soll.“ Man sieht, das Projekt der Bergarbeiter ist in allem das Gegenteil dessen, was die Unternehmer vorgeschlagen haben. Es geht an die Wurzel des Übels. Aber damit wirft es politische Fragen von äußerster Tragweite auf, seine Verwirklichung wird zu einer Frage politischer Macht. Es muß ebenso wie

die Unternehmerforderungen den Widerstand der Arbeiterschaft seinerseits den Widerstand aller derer heraufbeschwören, die an die Unverletzlichkeit des Eigentums an Produktionsmitteln glauben. Vor allem aber: das Projekt der Arbeiterschaft ist ein Plan, dessen Ausführung eine Reihe von Jahren erfordert und keineswegs von heute auf morgen kurzer Hand eingeführt werden könnte.

Aber hier liegt die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation. Die Regierungssubsidien laufen mit dem Monat April ab. Die Unterstützung wurde gezahlt, weil der gigantische Arbeiterkampf unvermeidlich schien. Es ist undenkbar, das sich bis Mai die wirtschaftliche Lage, die Belohnung nach Kohle ändern, die Unternehmer bis dahin billigere Produktionsmethoden gefunden haben oder die Arbeiter in dem entscheidenden Punkt des Arbeitslohns und der Arbeitsstunden nachgeben werden. Die Situation ist im Gegenteil infolgedessen ungünstiger als im Juli, als sowohl auf Unternehmer- wie auf Arbeiterseite ausgebreitetste Vorbereitungen für einen Arbeitskampf getroffen sind und außerdem die Regierung mit der Organisation einer Art von technischer Nothilfe ein weiteres Gefahrenmoment dazwischen geschoben hat. Nur noch eine weitere Gewährung der Subsidien könnte die Atempause verlängern. Aber es ist mehr als zweifelhaft, ob das politisch möglich sein wird: schon die ersten 9 Monate Subsidien sind von der Öffentlichkeit als ein schwerer politischer Fehler empfunden worden.

Es ist unter diesen Umständen sehr fraglich, ob Baldwin seine Parteifreunde davon überzeugen kann, noch einmal Millionenvermögen in dieses Faß zu schütten, das unter den heutigen Verhältnissen ein Faß ohne Boden sein muß. So liegen in der gegenwärtigen Situation Krisenelemente schwerwiegendster Natur. Darum ist die gegenwärtige Stille auch so unnatürlich: in einem Biersjahr kann Großbritannien inmitten der schwersten politisch-sozialen Krisis stehen, die seine ganze neuere Geschichte kennt.

Die Not der arbeitslosen Jugend.

Der Hauptausschuß für Jugendpflege und Leibesübungen unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften!

Auf Antrag der Jugendzentrale des Ortsausschusses Berlin des A. D. B. und der Jugendgruppe im Zentralverband der Angestellten wurde die Lagerordnung der gestrigen Vorstandssitzung des Hauptausschusses für Jugendpflege und Leibesübungen um den Punkt „Arbeitslosigkeit der Jugendlichen und Maßnahmen der Jugendpflege“ erweitert.

Der Vertreter der Jugendzentrale nahm Gelegenheit, den Antrag eingehend zu begründen. Arbeitslosigkeit der Jugend und sittliche Gefährdung stehen in engem Zusammenhang, und Jugendpflege und Jugendfürsorge haben daher die Pflicht, durch geeignete Maßnahmen vorbeugend zu wirken. Hilfe ist um so dringender notwendig, als auch die Arbeitslosigkeit der Jugend in Berlin ein Massenproblem ist. Statistisch erfasst werden leider nur die Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren. Von diesen Jahrgängen sind arbeitslos (sicher Stand vom 9. Januar 1926): 2804 männliche und 2709 weibliche Jugendliche. Die Maßnahmen müssen jedoch auch für die weiteren Jahrgänge in Frage kommen, denn niemand wird leugnen, daß auch die wenig älteren Jugendlichen noch nicht innerlich genügend gefestigt den Gefahren der Arbeitslosigkeit gegenüberstehen und daß auf das jugendliche Gemüt die Eindrücke allzu sehr zerstörend wirken. Man wird nicht überschätzen, wenn man die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen, soweit nach dem Alter der Begriff Jugendpflege Anwendung findet, auf 22—24000 schätzt.

Der Redner konnte von den bereits unternommenen Schritten der örtlichen Spitzen der freien Gewerkschaften berichten und formulierte dann die Forderungen, für deren Durchführung sich auch der Hauptausschuß einsetzen müßte (Die Forderungen sind von der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion in einen Dringlichkeitsantrag eingebracht und in der heutigen Morgenansage des „Vorwärts“ veröffentlicht.) Die Jugendblände

aller Richtungen, die mehr und mehr für sozialpolitische Fragen Interesse betunden, mühten auch diese Forderungen zu den ihrigen machen, weil ja schließlich eine gesunde Sozialpolitik erst der Jugendarbeit die Grundlage schafft.

In der Diskussion wurden allseitig die gegebenen Anregungen begrüßt und einstimmig Unterstützung zugesagt. Der anwesende Vertreter des Oberpräsidiums zeigte für die besondere Situation in Berlin größtes Verständnis und versprach entsprechende Einwirkung des preussischen Wohlfahrtsministeriums. Es wurde weiter eine Delegation gewählt, die heute morgen bei dem Bürgermeister Scholz, dem Vorsitzenden der Wohlfahrtsdeputation und des Landesjugendamts, vorstellig wurde. Der Bürgermeister gab die Erklärung ab, daß die ihm von den Gewerkschaften gegebenen Anregungen in Bearbeitung seien und versprach weiter, die Angelegenheit dringlich fördern zu wollen.

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß auch der Hauptausschuß, dem die Berliner Jugendblände aller Richtungen und aller Zweige angehören, sich in dieser Sache bemüht. Hoffentlich wirken die Vertreter der Blände auch auf ihre Fraktionen im Stadtparlament ein, damit der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion allseitige Unterstützung erhält.

Verdienste der Fürsten um das deutsche Volk. Eine Prinzessin von Sachsen für den Krieg gegen Deutschland.

Vor dem Kriege bildeten sich Millionen von deutschen Untertanen ein, daß die zahlreichen Eheschließungen zwischen Mitgliedern deutscher und ausländischer Fürstenhäuser wesentlich dazu beitragen würden, Deutschlands außenpolitische Lage zu festigen und im Kriegsfall Deutschland eine ganze Reihe von Bundesgenossen zuzuführen. War doch sogar der deutsche Kaiser ein leibhaftiger Better sowohl des Jaren aller Reußen, wie auch des Königs aller Briten. Aber darüber hinaus waren die deutschen Prinzen und Prinzessinnen in Duzenden von Fällen eng verwandt und verschwägert mit den regierenden Häusern aller Länder: So war, um nur einige wenige Fälle zu erwähnen, die Königin der Belgier eine bayerische Prinzessin, die Kronprinzessin Cecile die Tochter einer russischen Großherzogin, der Großherzog von Hessen ein Bruder der Zarin usw. Und es gab fast kein deutsches Regiment, das nicht zum Chef irgendein ausländisches gekröntes oder fürstliches Oberhaupt zählte. All diese Verwandtschaften und Ehrenstellen wurden im Gothaer Almanach fein säuberlich registriert.

Im August 1914 zeigte es sich jedoch, daß all die kindlichen Spekulationen des deutschen Untertanenstandes auf die politischen Vorteile des monarchistischen Systems und seiner internationalen verwandtschaftlichen Verbindungen wie Seifenblasen zerplatzten. Deutschland war eingekreist und weder die bayerische Prinzessin auf Belgiens Thron, noch die hessische Prinzessin auf Russlands Thron, noch die deutsch-englische Blutsverwandtschaft der beiden regierenden Monarchen vermochte daran etwas zu ändern. Heute hören wir dafür, daß englische oder russische Prinzen, die gegen Deutschland gekämpft haben, sich zu den sonstigen fürstlichen Kasackern gesellen und das deutsche Volk auszuplündern versuchen, wobei ihnen Leute wie Jarres und Coerling, sowie die famose deutsche Rechtsprechung vom Streifler Landgericht bis zum Reichsgericht hinauf an Nebenbanten mitwirken.

Kürzlich starb die Königin-Mutter Margherita von Italien. Sie war die Tochter einer sächsischen Prinzessin. Der römische Berichterstatter des „Tempo“ widmet ihr einen überaus patriotischen Nachruf und hebt darin hervor, daß die Witwe des Königs Humbert zwar in früheren Jahren Anhängerin des Dreibundes gewesen war, aber in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg davon abgetrennt war. Sie war vielmehr eine der ersten in Italien, die sich für das bewaffnete Eingreifen in den Weltkrieg gegen die Mittelmächte einsetzte. Der Berichterstatter erzählt insbesondere, wie der damalige deutsche Botschafter, Fürst Bülow, versuchte, die Königin-Mutter dafür zu gewinnen, daß sie auf ihren Sohn, den

König Viktor Emanuel, im Sinne der Neutralität einwirkte. Sie aber „wies diese Beschwörungen stolz zurück“ mit den Worten: „Die Mitglieder des Hauses Savoien regieren eine nach dem andern.“ Mit diesen Worten wies die Königin-Mutter dem verzweifelten Appell aus, den der kaiserlich-deutsche Botschafter an sie in der Hoffnung richtete, daß die Tochter der Prinzessin Elisabeth von Sachsen sich ihrer deutschen Abstammung entfennen würde, um zu verhindern, daß weitere Hunderttausende von Deutschen geopfert werden. Zur gleichen Stunde aber konnte der Kriegstreiber d'Annunzio vom Balkon des Regina-Hotels die Menge auffordern, der Königin-Mutter zu hulden, „der ersten, die mit uns das bewaffnete Eingreifen gefordert hat.“
Deutsche Fürsten, deutsche Treue!

Die Prozesse der Mätresse. Wo bleibt das Volkinteresse?

Der dritte Strafsenat des preussischen Kammergerichts hatte sich heute als Berufungsinstanz mit den Forderungen der früheren Mätresse des früheren Großherzogs Adolf Friedrich V. von Mecklenburg-Strelitz gegen die noch lebenden Erben ihres fürstlichen „Freundes“ zu beschäftigen.

Es handelt sich um eine ehemalige Schauspielerin namens Urban, die am Streifler Theater aufgetreten ist und dort die „Freundin“ des Bundesvaters auf sich gezogen hatte. Adolf Friedrich richtete der Dame in Berlin eine luxuriöse Wohnung ein und war 10 Jahre lang ihr Liebhaber. Als er starb, hatte er ihr als Legat eine Rente von 20 000 M. vermacht. Dieses Geld wurde ihr und ihrem späteren Mann, einem österreichischen Offizier, auch bis zum Jahre 1919 ausgezahlt.

Durch die Verheiratung hatte Fräulein Urban den schönen Titel Contessa de Razzenau erworben. Aber mit dem Titel allein konnte sie nichts anfangen, als im Jahre 1919 die Erben Adolf Friedrichs die Auszahlung der Lebensrente verweigerten mit der Begründung, daß der mecklenburgische Staat ihr Rechtsnachfolger sei, nachdem sie durch die Revolution Land und Würden verloren hätten.

Das Landgericht hat tatsächlich dem Fürstenleichen 6000 M. Rente zugesprochen, aber mit dem Urteil waren weder die Contessa noch die Erben Adolf Friedrichs einverstanden. Deswegen haben beide Teile Berufung eingelegt, die jetzt vor dem Kammergericht verhandelt wird. Bei Beginn der Verhandlung lehnte der Anwalt der besagten großherzoglichen Erben den mitwirkenden Kammergerichtsrat Caspary — den früheren vollenparteilichen Stadtverordnetenmoorsteher — wegen Verdacht der Befangenheit ab, weil Caspary angeblich mit einem Bankier verwandt sei, der in einem Prozeß mitgewirkt habe.

Man wird darauf gespannt sein können, ob auch das preussische Kammergericht der Klage der Fürstinnenmätresse stattgeben oder ob es nicht vielmehr mit echt preussischer Gründlichkeit nachweisen wird, daß ein aus einem „sittenlosen Verkehr“ herrührender Vertrag „gegen die guten Sitten“ verstoße und deshalb ungültig sei.

Oberstleutnants Staatsratswahl.

Breslau, 19. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Der Oberstleutnant Provinziallandtag wählte am Dienstag nachmittags die von ihm zu bestimmenden Staatsratsmitglieder. Während bei der Wahl des Präsidiums Zentrum und Schwarzweißrot Block (Deutschnationale, Böllische und Volkspartei) sich in die Spitze geteilt hatten, gingen bei der wichtigeren Wahl für den Preussischen Staatsrat Zentrum und Linke zusammen. Das Ergebnis war, daß neben zwei Zentrumleuten Genosse Ossowsky in den Staatsrat gewählt wurde, während die Kandidaten der Schwarzweißroten Block durchfielen. Der Provinzialausschuß wurde nach Verhältniswahlrecht aus 6 Zentrumleuten, 3 Schwarzweißroten, 2 Sozialdemokraten, einem Kommunisten und je einem Demokraten und Polen zusammengesetzt. Vorsitzender wurde der Zentrumsabg. Kanonikus Ullrich. Stellvertreter unser Genosse Sawellek.

Verlach.

Wir schritten schweigend im bemessenen Abstand durch den Gefängnishof, bewacht von Aufsehern, Soldaten und vom Rauerturn aus drohend durch ein Maschinengewehr. Es war ein Licht, das wir gierig in dieser einen Stunde des Tages tranken, ein Menschsein, bewilligt aus lüchlernden Resten von Rechtsempfinden, hielt uns hinter Mauern und Gittern geeint — und da dachten wir gar nicht daran, daß wir nach Parteien getrennt waren und Verschiedenes gemollt hatten.

Es ist ein großes heiliges Messengrad im Herzen des bayerischen Volkes, und die hier gemeinsam ruhen, standen sich nicht alle in Kampf und Leben nahe. Nur eines wahrte jeder als Besitz an Ueberzeugung und Tat: Wille zur Freiheit, Verteidigungsbegehre junger Volksrechte, und wenn es manchen zu weit getragen hatte, so daß er Möglichkeit und Wirklichkeit vergaß — es war ein Wollen, ein Opferbringen von unerschütterter Kraft und Größe. Ueber den Massengräbern von Rebellen reichten die Lebenden unter den Freiheitskämpfern die Hände: es sind unsere Toten, sie alle. Nicht mitzurechten, mitzuhaben ist unsere Aufgabe.

Und je mehr Zeit und Leben das Sterben von tapferen, nicht immer klugen Kämpfern anerkennen je bedeutungsvoller sich Gradmal zum Ehrenmal erhebt, desto grausiger tritt die Schuld der wirklichen Schuldigen und nicht Gerichteten in Erscheinung. Desto mehr wendet sich alles, was ehrlich und menschlich im Volke ist, von ihnen ab.

Frisches Morde, heimgebracht aus dem Felde, Sinne, auf das Grausigste und Entsetzlichste eingestellt, wurden auf die unglückliche Heimat losgelassen.

Landesknechte, im langgewohnten Würgen auf der Stufe von Tieren angelangt, wandelten Bruderzwist in Bürgerkrieg. Und wehe, wo der Landesknecht gebot, gleich in welchem Lager, und doppelt wehe, wenn der sogenannte Geblühete unter ihnen, der Offizier, seinen ganzen fast und teuflisch berechnenden Hof gegen alles, was nach Freiheit ausseh, und seiner Schrankenlosigkeit entgegengrat, auf Wehrlose schloßerte.

Verlach ist nur ein Name, eines der vielen Schandmal des Landesknechtstums. Rote Farbe allein war ein Grund zum Todesurteil. Aber ist es nicht erwiesen, hätten sie nicht neben den Bereinsgefellten auch den Pfister hingemordet, wenn sie ihn in die Hände bekommen? Landesknecht und Landesknechtführer gaben einander nicht nach. Es war in einem der Bororte München s. Mann und Frau lagen im Blut. Und das Kind? fragte einer der „Soldaten“. „Weg schon damit, es geht in einem —“ antwortete der „Feldwebel“.

Ueber Verlach kann kein Urteil mehr gefällt werden, das hat die Geschichte längst geir. Längst hat sich eine ganze gefestigte Welt von den Grauein der Rotentage abgewandt. Noch lagert der Blick, den letzte Menschenverweilung aussieht, über einem Lande.

Und Landesknechte würgen, und magden weiter. Wüten unter sich selbst, weil sich Volk nicht von scheinbaren Helfern mißbrauchen und b'ginnen läßt. Verdachs Mörder und die Handlanger der Memoranden sind ein Gefindel.

Sie reißlos zu bekämpfen, sie auf gesetzlichem Wege unschädlich zu machen und auszurotten, ist Pflicht und Gebotnis aller, die sich erschüttern, aber auch einig geworden, über den Gräbern der Verlachter Toten die Hände reichen.

Seht zu, daß unser Urteil rechtskräftig wird und lebensfähig bleibt!

Eine neue „Elektra“.

Der Bruno Walter bei den Proben zur „Elektra“ gesehen hat, der wußte, daß hier aus dem Geist der Kunst heraus die dramatische Szene gestaltet würde. Bruno Walter hat den großen Blick für die Bühne, für das aus dem Gesang abgeleitete Spiel, für ein aus der Partitur notwendig strömendes Bewegungsgesetz. In der „Elektra“ ist das von entscheidender Bedeutung, denn hier wurde ja die Kunst selbst zu Geste, Schrei, Nero und Krampf. Ein Purpurmantel, üppig, blutrot, grell leuchtend, prunkvoll schmiegte sich dieses Strauß-Werk um die attische Tragödie. Das Außerordentlichste wird gewagt und erreicht an grausigen, dämonischen, phantastischen Klängen der Unnatur. Die Orgeln rufen durch Brassen und Geigen, das Schicksal fündet sich in Tönen und Polämen, ein kalter Paukenwirbel weckt die Geister des Jenseits. Eine größere Einheitslichkeit des Stils hat Strauß nie erreicht. In der Mitte dieser Heroenmusik steht dann die eine große Szene der Menschlichkeit, in der Elektra ihren Bruder wiedererkennt. „Drest, Drest“ — wenn Elektra das sagt, aus fast gebelltem Herzen heraus singt, dann braucht sie kein Mann seiner Tränen zu schämen.

In der Städtischen Oper war das Orchester von 120 Mann durch Walter zu einem neuen Ausdrucksmittel erhoben worden. Die Musik des Hauses trug die Wellen des Klanges mit aller Brutalität und allem Schneid an unsere Nerven heran. Helene Wildbrunn war Elektra. Sie sang diese undankbare Partie wirklich, sie stellte zum erstenmal das Belcanto in den Dienst einer Rolle, die sonst nur halb geschrieben, halb gesprochen wurde. Sie wußte mit der Partitur und durch sie, auch spielerisch. Das weiße Gesicht wird hart, finster, männlich, die Nerven spannen sich in ihr und die Muskeln, der ganze Körper wird locker zum Tanz. Eine ganz große Leistung, bei der es kaum stört, daß der Schöngesang nicht zu Rache schwären paßt. Auch Frau Schulz-Dornburg ist verändert. Die Trauungsvisionen gestaltet sie schauspielerisch packend. Gabe ihre Stimme mehr Tiefe her und schränkte sie das Musikspiel des Leibes noch mehr ein. Sie wäre eine Altemestra von unerschütterter Bravour. In manchen Momenten hat man das Gefühl, als stände ein weiblicher Bohlen auf der Bühne. Wilhelm Kohde als Drest, die Ruse-Despoid als prächtig jubelnde und singende, doch allzu blonde Chrysothemis, Graarud als Keiisch lebten sich stillvoll in ihre Rollen ein und schufen ein gutes Zusammenspiel mit der Führerin Wildbrunn. Bauys Regie folgte geschickt dem Stab Walters und drang auf Gespanntheit und Konzentration. Die Fenster des Palastes von Mykene waren marionettenshaft klein und

unübersichtlich. Das Vorbild der Staatsoper, das viel freier wirkt und größere Entfaltungsmöglichkeiten bietet, hätte übernommen werden sollen.

Richard Strauß wohnte der Aufführung bei. R. S.

„Deutsche Kunstgemeinschaft“. Staatssekretär Gen. Schulz vom Reichsministerium des Innern bemüht sich, wie man weiß, seit längerer Zeit um eine Organisation, die zwischen Künstler und Kunstkäufer eine neue Verkehrsform schaffen soll. Der Plan, für den sich ein Ehrenauschuß mit vielen guten Namen einsetzt — genannt seien Liebermann, Käthe Kollwitz, Bode, Böbe, Schmidt-Ditt, der Wiener Gelehrte Pfeiffer —, will den Kunstkäufern die Möglichkeit geben, Kunstwerke in ganz kleinen Ratenzahlungen zu erwerben, die man auf zwei Jahre ausdehnen kann. Die Durchführung würde ermöglichen, ganz neue Kreise für den Erwerb von guter Kunst heranzuziehen. Zurzeit bemüht man sich, für die Ausstellung der Kunstwerke, die auf diesem Wege zu erwerben wären, Räume im Berliner Stadtschloß zur Verfügung zu bekommen.

Die Niederlausitzer Kleinkunstbühne zieht mit ihrem Kasperltheater durchs Land, gestern abend hatte sie ihre Bude in der Aula des Neuköllner Reaktionsmanniums in der Kallert-Friedrich-Straße aufgeschlagen, und das kleine Märchen „Kumpelstücken“ ging über die Stange, die eine Kinderwelt bedeutet. Ist den jugendbewegten Theaterleuten, die eine nicht geringe Aufgabe zu erfüllen haben, irgendetwas gebietet mit dem heutigen Feuilletonschismus von den leuchtenden Kinderaugen und den halbhoffenen Mäulern? Besteht nicht vielmehr die Pflicht, ihnen zu sagen, daß sie noch sehr auf Qualitätssteigerung bedacht sein müßen, daß das düstere Moment in keiner Szene des Kinderstückes überbetont sein darf, daß auch Begeisterter, die „nur“ vor Kindern schauspielern, sprachtechnisch geschult sein müssen, daß ein Rosnerle Humor haben muß und wirklich eine kernersche Stimme? Wird die sogenannte eble Kunst stets so langweilig gespielt wie gestern, so wird das Volk, das zu gewinnen ist, stets dem Schund nachlaufen, denn der ist im allgemeinen wenigstens kurzweilig. Ach, ihr tiefen Gäste aus der Niederlausitz, geht in euch, wenn ihr zur Jugend, zum Volk gehen wollt.

Vollständer. Am Theater am Bülowplatz haben die Oberen zu Vaguet „Sturmliut“ unter der Regie von Edwin Pfeiffer begonnen. Die Uraufführung findet anfangs Februar statt.

Im Theater des Westens gelang am Sonntag, den 24. nachm. 7/4 Uhr, die Schloßer-Lachings „Der Wüchling“ zu vollständigen Breiten zur Aufführung.

Die Heilig-Wangel-Hille findet am 21. die letzte Vorstellung von „Blend“ „Gezeiten“ in den Kammertheatern, nachmittags 4 Uhr, statt.

Gründung der „Deutsche Musikdenkschrift“. Die Studientheologen der deutschen katholischen Hochschulen für Musik haben sich zu einem „Deutscherband (Deutsche Musikdenkschrift)“ zusammenschlossen, der am 17. in Berlin gegründet worden ist. Zum Vorsitzenden wurde Stud. mus. Bruno Schramberg, Berlin, gewählt.

Ein Bühnenrevisor jagt in das bessere Jahr in „Enland“ hinein. Die 13 209 Revueleistungen die es 1926, darunter 9777 neue Bühnen und 2225 Revueleistungen, überstiegen um 406 das vorangehende Jahr. In der Spitze steht die erzählende Literatur, der an zweiter und dritter Stelle Jugendbücher und theologische Werke folgen.

Auszehungsschuld der Deutschnationalen!

Hugenberg schlägt seine Freunde und — sich selbst!

Hugenberg steckt Geld ins Geschäft. Das muß ihm der Reich lassen. Immer neue Extraausgaben seines „Total-Anzeigers“ löst er in Massen verbreiten, um die Auszehung Deutschlands durch den Dames-Pakt seinem indifferenten Publikum mit deutscher Gründlichkeit einzuhämmern. Selbst die Kommunisten können da nicht mehr mit. So viel Demagogie und Verlogenheit können sie weder selbst aufbringen noch so gut bezahlen wie Hugenberg sich das leisten kann.

In dem neuesten Extrablatt wird die Frage gestellt: „Für wen hungern Beamte und Angestellte?“ Und nun werden Briefe aus der großen Zahl der Verbittern veröffentlicht, die von der Rot in weitesten Volkstufen zeugen. Benutzt werden sie, um eine Schicht der Notleidenden gegen die andere auszuspielen. Zum Beispiel läßt man einen abgebauten Bantangeestellten sich in diesen Worten äußern:

„Es wäre wohl sehr erwünscht, wenn die hochwohlwollenden Herren Beamten der Gruppen 1 bis 6 darauf hingewiesen würden, daß es im Deutschen Reich Hunderttausende von Arbeitslosen gibt. Wenn es auch unter den Beamten Gruppen gibt, welche heute mit 100 Mark monatlich nach Hause gehen müssen, so ist dies zurzeit keine Notlage, wo Abertausende nur die Erwerbslosenunterstützung und viele noch nicht einmal diese zum Lebensunterhalt beziehen.“

Um diesen gehässigen Anwurf gegen die schlechtest bezahlten Unterbeamten etwas zu verdecken, läßt Hugenberg dann auch die Beamten an ihren wunden Punkt packen:

„Von etwa 500 000 Beamten, die das Reich Ende 1923 zählte, sind gegen Ende 1925 etwa 140 000 abgebaut, also mehr als 20 v. H. Etwas größer noch ist die Zahl der abgebauten Beamten in den Ländern und in den Gemeinden, wo jeder vierte Beamte abgebaut wurde.“

Die Schlussfolgerung aus diesen trostlosen Feststellungen ist dann immer die gleiche:

„In der Erfüllungspolitik, deren das Dames-Abkommen nur eine Etappe ist, finden Beamte, Angestellte, Arbeiter, alle, alle die Erklärung ihrer Not. Fürs Ausland hungern sie, für die Befriedigung unmöglicher Forderungen, für den Feind!“

Um das Maß der Verlogenheit dieser Ausführungen voll begreifen zu können, muß man daran denken, daß Hugenberg, der III- und Selbstgewaltige im „Total-Anzeiger“ Mitglied der Deutschnationalen Reichstagsfraktion ist. Ohne die Zustimmung wenigstens der Hälfte der Deutschnationalen wäre die Annahme der Dames-Gesetze gar nicht möglich gewesen. Damals, am Tage nach der entscheidenden Abstimmung im Reichstag, schrieb der gleiche „Total-Anzeiger“ in seiner Nr. 412 vom 30. August 1924 folgende Sätze, die man heute wieder jedem „Total-Anzeiger“-Leser in die Ohren schreien sollte:

„Das Ergebnis dieses Tages (die Annahme des Dames-Planes. Red.) konnte nicht zustande kommen, ohne daß die Deutschnationalen, oder doch ein großer Teil der Deutschnationalen — 46 von ihnen und zwei Hospitanten stimmten für die Annahme — es durch ihre Haltung bei der entscheidenden Abstimmung möglich machten.“

Wäre es richtig, daß der Dames-Pakt die „Auszehung Deutschlands“ bedeutet, so tragen die Deutschnationalen, die Partei des Hugenberg und seines „Total-Anzeigers“, dafür allein die Verantwortung!

Wäre es richtig, daß der Beamtenabbau und das Hungerende der Erwerbslosen allein auf den Dames-Pakt zurückzuführen sei, dann sind die Deutschnationalen nach dem Zeugnis des „Total-Anzeigers“ von 1924 allein dafür verantwortlich!

Es ist zwar nicht richtig, daß an der gegenwärtigen Wirtschaftskrise mit all ihren Auswirkungen nur der Dames-Pakt schuldig sei, wohl aber ist es richtig, daß die Deutschnationalen die Annahme dieses angeleglichen Auszehungspaktes zu einem schamlosen politischen Schachergeschäft mißbraucht haben! Denn ihre Zustimmung am „Tag des Unheils“, wie der „Total-Anzeiger“ damals sagte, erfolgte hauptsächlich in der Aussicht auf das Zustandekommen eines Bürgerblocks! So hieß es in der gleichen Nummer 412 vom 30. August 1924:

„Diese innerpolitische Wendung in der Richtung auf einen Bürgerblock begrüßen wir. Kaum nötig, das zu sagen an einer Stelle, an der immer und immer wieder der Bürgerblock, die Vereinigung aller nationalen und bürgerlichen Parteien als die natürliche und auf die Dauer unausschließliche Erfüllung des innenwohnenden Sehnsüchtes unserer innerpolitischen Entwicklung bezeichnet wurde.“

Dieser Bürgerblock, den der deutschnationale Hugenberg und sein „Total-Anzeiger“ so brünstig herbeisehnten, und der schließlich durch den Stimmenverkauf zugunsten des „Auszehungspaktes“ ins Leben trat, ist bis Ende 1925 am Ruder gewesen.

Der deutschnationale Finanzminister v. Schlieffen hat die berechtigten Wünsche der unteren Beamtengruppen brüskel abgewiesen, also zur Erbitterung des großen Heeres der Unterbeamten das Redliche beigegeben.

Deutschnational beeinflusst war die gesamte Wirtschaftspolitik dieses Bürgerblockkabinetts. Der deutschnationale Ernährungsminister Graf Ranig und der deutschnationale Wirtschaftsminister Reuhaus tragen die Verantwortung für die Verschlechterung der Wirtschaftslage, wie sie durch die Schutzpolitik eingeleitet wurde und in der tiefenhaften Arbeitslosigkeit endet!

Deshalb ist der Versuch Hugenbergs, des Deutschnationalen, durch eine Massenaufwendung von bedrucktem Papier bei urteilslosen Lesern und Lesrinnen noch nachträglich eine Kriegsstimmung gegen die deutschnationale Regierung Luther-Schlieffen-Schiele-Reuhaus wachzurufen, ein Demagogensstückchen, das selbst die blutrotten Moskowitzer vor Reich gelb werden lassen könnten!

Für polnisch-deutsche Annäherung.

Warschau, 19. Januar. (Ost-Expres.) Die polnische sozialistische und linksdemokratische Presse veröffentlicht einen Aufruf deutscher und polnischer Sozialisten, die der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit angehören. Der Aufruf spricht sich für eine polnisch-deutsche Annäherung aus, wobei die Gleichberechtigung der nationalen Minderheiten in den beiden Staaten und der Abschluß eines beiden Teilen vorteilhaften Handelsvertrages als besonders wünschenswert bezeichnet werden. Der gegenwärtige Augenblick sei geeignet für ein Vorgehen in dieser Richtung. Die Regierungen, die Presse und die Erhebung der Jugend mühten eine solche Annäherung fördern und auf eine moralische Abrüstung hinarbeiten. Von deutscher Seite ist dieser Aufruf unterzeichnet von Frau Kirchhoff, Frau Berlin und Frau Persfus, polnischerseits von den Frauen Budzinska-Talska, Kobia, Danusinska-Golinska und Chmielenska. Der „Kurjer Warszawski“ meldet dazu, daß Mitte Februar eine deutsch-polnische Sozialistenkonferenz stattfinden soll, deren Tagesordnung u. a. folgende Punkte vorstellt: Locarno und die Völkerverständigung, die Rinderheutefrage, die kulturelle Annäherung der Nationen. Zu dieser Tagung würden Delegationen aus Berlin, Breslau und Königsberg erwartet. Die polnische Nationalistenpresse nimmt von dieser Angelegenheit natürlich keine Notiz.

Der abgebrochene Anschluß.

Die Schwere der wirtschaftlichen Krise, die wir durchmachen, spiegelt sich auch in der Tatsache wider, daß eine große Zahl von Geschäften und Privaten auf das Telefon verzichten müssen. Entweder durch freiwillige Aufgabe nach Erledigung ihrer finanziellen Verpflichtungen oder durch einseitige Nichtzahlung, was die Sperrung des Anschlusses zur Folge hat. Daß ein Geschäftsmann höchst ungern zu einer solchen Maßnahme greift, liegt auf der Hand; die Telefonnummer gehört mit zur Reklame und gewissermaßen auch zum Kredit. Wenn ein Kunde aus der Provinz kommt und in alter Weise telephonisch sich mit dem Geschäftsfreund besprechen will, so wird die Auskunft des Telefonbüros, daß der Anschluß nicht mehr besteht, etwas erhaltend auf die geschäftliche Verbindung einwirken. Man muß es der Best lassen, daß sie für die gegenwärtige Bedrohung vieler Existenzen Verständnis zeigt und in der Wahrung ihrer Interessen nicht allzu rigoros vorgeht, aber natürlich gibt es eine Grenze in der Behandlung saumseltiger Zahler. Auch die Form, in der das angerufene Amt von der Tatsache, daß der Teilnehmer nicht mehr telephonisch zu erreichen ist, Kunde gibt, ist eine recht schonende und eine Angabe etwaiger Gründe, nach denen die Vergütung oft verlangt, findet nie statt. Privatanschlüsse, die abgebrochen werden, sind, wenn auch wirtschaftlich nicht so wichtig, doch immerhin ein Barometer für den Gang der Geschäfte, zumal unser privater Telephonverkehr sich ja noch nicht so großer Verbreitung erfreut, wie dies in anderen Ländern der Fall ist. Der schwarze Tod geht in den Telefonbüchern umher — hoffentlich erfolgt bald eine fröhliche Auferstehung.

„Unterbrechung unzulässig.“

Zu unserer am Silbestertage gedruckten Notiz „Unterbrechung unzulässig“ läßt uns die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums eine Zuschrift, in der betont wird, daß eine Trennung von Telefongesprächen durch die Telefonistinnen nicht unzulässig sei. Im vorliegenden Falle (wo es sich um das dienstliche Gespräch eines Rettungswachens handelt) konnte das Gespräch besonders deshalb nicht getrennt werden, weil durch das gefährliche Gespräch ein Krankenwagen bestellt wurde. — Wenn die Telefonistin das dem telephonierenden Arzt ebenso prompt gefügt hätte, wie sie es später ihrer Behörde mitteilte, hätte sich der Arzt sofort beruhigt. So wurde nur immer das bekannte: „Leitung besetzt“ gemeldet.

Der Hauseinsturz in der Kirchstraße.

Noch eine Leiche geborgen.

Die wegen der eingetretenen Dunkelheit gestern Abend unterbrochenen Aufbaumarbeiten der Feuerwehrleute wurden heute vormittag von zwei Böschjungen weiter fortgesetzt. Kurz nach 10 Uhr stieß man auf die Leiche einer Frau, die fast bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt war. Es gelang aber, die Leiche zu identifizieren und als die 53 Jahre alte Ehefrau Alara Feldner des ebenfalls bei der Katastrophe ums Leben gekommenen Ehemannes, des Arbeiters Wilhelm Feldner, festzustellen. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus übergeführt. Um die Mittagsstunde mahlten die Feuerwehrleute wegen erneuter drohender Einsturzgefahr mit den Aufbaumungsarbeiten aufhören. Die Stiebelmayer bog sich in bedrohlicher Weise, so daß man jeden Augenblick ihren Einsturz fürchten mußte. Die Leitung der Aufbaumungsaktion konnte nicht die Verantwortung übernehmen, das Leben der Feuerwehrleute aus Spiel zu setzen, und mußte sich so nothgedungen entschließen, vorerst die Arbeiten einzustellen. Es wird wahrscheinlich nichts weiter übrigbleiben, als einen Unternehmer damit zu beauftragen, ein Gerüst zu errichten, um dann von oben den zerstörten Teil des Hauses abzutragen. Immer noch nicht gefunden ist die Leiche des Seifenhändlers Hans. Durch die unvorhergesehenen neuerliche Einsturzgefahr werden auch die Feststellungen der Untersuchungskommission nach der Ursache sehr erschwert und hinausgeschoben. Nach wie vor ist die Unfallstelle in weitem Kreise abgesperrt.

Eine Erinnerung.

Einer unserer Leser sendet uns folgende Schilderung einer ganz ähnlichen Explosionkatastrophe, die sich auch in Roabit ereignete:

Ich wohnte damals in der Jagowstraße zu Roabit und es war in einer Nacht zu Anfang des Jahres 1898, als ich unter furchtbarem Knall und starker Erschütterung aus dem Bett halb herausfiel. Ich stürzte nach dem Fenster, das nach dem Hof hinausging und sah, wie noch mehrere Leute aus den Fenstern sahen. Aus dem Nebenhause trat eine Reparaturfrau, die noch wach war und sich wohl zur Ruhe begeben wollte, mit einer Lampe herous, und auf unserer Anruf, was denn eigentlich passiert wäre, sagte sie: Ich weiß es nicht, es muß aber hier etwas gewesen sein. Als sie kam nach dem Hausflur des Vorderhauses kam, schrie sie mit einem Rotz: hier liegt ja alles voller Glasplitter. Nach kurzer Zeit kam sie zurück und rief uns zu: drüben ist das Haus eingestürzt! Als ich auf die Straße kam, sah ich, wie das eingestürzte Haus direkt in zwei Hälften unregelmäßig durchschnitten war. Nach einer kleinen Weile hörte ich Hilferufe, und nachdem die Augen sich an das Dunkel ungefähr gewöhnt hatten — sämtliche Gaslaternen in der Straße waren durch den Luftdruck ausgeblasen — sahen wir die Umrisse von einigen Betten in der dritten Etage. Die Hilferufe kamen von einem Mann, der wohl so lange bewußtlos gelegen hatte. Die in Kürze eintreffende Feuerwehr holte auf der Leiter Mann, Frau und Kind, deren Betten wüstlich auf dem Wand standen, die stehen geblieben war. — Wie gewaltig die Explosion war und, wie es scheint, noch stärker gewesen ist als die in der Kirchstraße, erleben Sie daraus, daß in vielen gegenüberliegenden Häusern die oberen Hausstufenfenster zerbrochen und bis in den Hof geschleudert wurden. Ein eiserner B-Konträrer von dem eingestürzten Haus wurde bis auf die gegenüberliegende Fußgängerstraße sichtbar, sämtliche Schaukasten eingedrückt. Die gewaltige Explosion hatte überhaupt verheerend gewirkt: so wurde z. B. bei dem gegenüberliegenden Kaufmann Einarastur und Jalousiekrum und schlief gedrückt. Die Verbindungstür nach einem Zimmer blieb verhängt, dagegen wurde die dahinterliegende, nach einem weiteren Zimmer führende Tür herausgerissen. — Zum Glück war, da das Haus noch fast neu und Wohnraum nicht vorhanden war, das Haus nur schwach bemohnt. Soweit mir erinnerlich, waren aus diesem Grunde nur zwei Tote zu verzeichnen. Die Ursache jener Explosion konnte auch nicht erforscht werden.

Die neue Volksschule.

Zahlreiche Versuche werden gemacht, um unser feststehendes Schulsystem wieder lebendig zu gestalten und es aus den Fesseln der Tradition zu lösen. In der Versuchsschule in Dresden-Hellersau weiß man um das Schulschicksal unserer Zeit und geht frisch daran es zu beheben. Ob mit Mitteln, die ganz allgemein die richtigen sind, kann nur der beurteilen, der längere Zeit den Unterricht in dieser Schule miterlebt hat. Doch aber durch die Persönlichkeit ihrer Lehrer für diese Schule die Methode die gerichtet ist, wird jeder glauben, der Max Rickhs, den Leiter der Schule, und Wilo Steiger, einen ihrer Lehrer, in der Verlesung der entscheidenden Schulreformer im Berner-Siemens-Neologium in Schöneberg sprechen hörte. Liebe und Verständnis für die ihnen anvertrauten jungen Menschen klangen aus jedem Wort. Diese Schule versteht es, den Schülern so wenig wie möglich Zwang aufzuerlegen. Durch Lehrgespräche führt sie sie durch alle Wissensgebiete, und so weit wie möglich ist die altzeitliche H-nbelschiffauna erlaubt. Rickhs betont, daß gerade ein scheinbar spielend erarbeiteter Wissen oft am stärksten im Gedächtnis haftet. Das beste Ziel scheint ihm eine Schule, die den Lehrer fast überflüssig macht. Die Kinder

müssen aus eigenem Antrieb sich Wissen erwerben und es auch zu verarbeiten verstehen — Steiger berichtet dann über Schulreisen und Wanderungen, die in dieser Schule als das wichtigste Lehr- und Lernmittel mit Recht angesehen werden. Und durch Gesang- und Theaterdarstellungen der Klassen machte man es möglich, für diese ausnahmslos unbemittelten Volksschulen (soviel Geld zu erwerben, daß Klassenreisen nach Hamburg, selbst bis nach Wien und in die Alpen möglich waren. Man glaubt es gern, daß diese Fahrten, die an jeder lebenswerten Stelle — und Kindern ist vieles lebenswert — Halt machten, für viele Teilnehmer das schönste Erlebnis ihres Lebens bleiben werden.

Der Tunnel in der Friedrichstraße.

Erhöhung des vorgeesehenen zweiflügeligen Verbindungsganges.

Der städtische Haushaltsausschuß beriet gestern über die Ragi-Stratsvorlage, nach der der dauernden Verkopfung in dem Untergrundbahn tunnel zwischen den beiden Bahnhöfen der Friedrichstadt dadurch abgeholfen werden soll, daß der Verbindungsgang zweiflügelig ausgebaut wird. Auf Vorschlag des sozialdemokratischen Berichterstatters beschloß der Ausschuß, den Auftrag zur Ausführung dieses Projektes der Nord-Süd-Bahn-A.G. zu übertragen. Auch die Hochbahn soll zu den Kosten herangezogen werden. Nach Meinung des Ausschusses muß es möglich sein, durch Hebung der Decke des Verbindungsganges die Höhe der neu zu schaffenden beiden Verbindungsgänge von 2,10, wie die Tiefbauverwaltung vorgeschlagen hatte, auf 2,50 zu bringen. Wenn das möglich sein würde, dann beläme das Projekt dadurch ein ganz anderes Aussehen und würde auch für das Publikum bedeutend angenehmer sein. Wie beteiligten Kreise der städtischen Verwaltung sind sich freilich darüber im Klaren, daß auch bei einer solchen Verbesserung das Projekt nur eine Notlösung darstellt. Der unvermeidliche Umbau an den Bahnhöfen der Friedrichstadt muß erfolgen, sobald eine Untergrundbahn durch die Leipziger Straße gelegt wird. Diese Bahn wird nach Fertigstellung der U.S.B.-Bahn das erste Projekt sein, das in Angriff zu nehmen ist. Freilich werden bis dahin einige Jahre vergehen, denn allein die Inangriffnahme und Durchführung des Baues der U.S.B.-Bahn ist eine ungeheure Belastung der städtischen Finanzen, solange der Anliehmarkt der Stadt fast gänzlich verschlossen bleibt. Die Durchführung der Bauarbeiten im Verbindungsgang soll während der Sommermonate erfolgen, wo der Verkehr auf den Untergrundbahnen im allgemeinen etwas zurückzugehen pflegt. Die Arbeit selbst wird nach der technischen Seite hin als nicht übertrieben schwierig angesehen, man hofft sie in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigen zu können.

Neue Zoo-Tiere aus Abessinien.

In der „Urania“, Laubentstraße, hielt am Freitag der Direktor-Assistent des hiesigen Zoologischen Gartens, Dr. Hed, einen Vortrag mit Lichtbildern, über die zu Anfang des vorigen Jahres unternommene Tierfangexpedition nach Abessinien. Genau vor einem Jahr, am 15. Januar 1925, begann die große Reise nach Abessinien, an der sich u. a. zwei Herren der Völkerrückbildung zu Hilfsmitteln beteiligten. Diese Fahrt führte über Port Said — durch den Suezkanal — durch das Rote Meer bis zur französischen Kolonialküste. In der Hafenstadt Djibouti entstanden der Expedition die ersten Schwierigkeiten, da die französische Zollbehörde peinlichst genau prüfte und die Jagdwaffen einer besonderen Betrachtung unterzog. Bald war das abessinische Territorium erreicht und bald waren die ersten Affen — die Expedition wollte in der Hauptsache Affen einfangen — ihren Häschern ins Garn gelaufen. Prächtige Mantelpapione und seltene Blutbrustaffen wurden in größerer Zahl in den Affenfangnetzen eingefangen, aber auch Raubtiere und abessinische Wild mit Schlingen und Leeren. Abessinien ist sehr reich an Wild und Raubtieren und im Film wurde die seltene Gazelle, das gefährliche Stachelschwein, Stupferde und der eifersüchtige Schafal, neben vielen anderen Tiergattungen, in Freiheit aufgenommen, vorgeführt. Die Reisebesuche bestand aus 75 Mantelpapionen, 30 Blutbrustaffen, einigen anderen wilden Tieren und etwa 70 verschiedenen Arten abessinischer Vögel, darunter 11 Strauße, Horntraben usw.

Eine geborene deutschnationale Säule?

Wertwürdige Kunde kommt aus Wannsee. Der langjährige Geschäftsführer der dortigen Ortskrankenkasse, Sch., ein unverheirateter Mann, zweiter Vorsitzender der Abteilung Wannsee der Deutschnationalen Partei und nächster Vizevorsitzender auf ein Bezirksverordnetenmandat, ist plötzlich aus seiner Stellung verschwunden, richtiger, hat aus seiner Stellung verschwinden müssen. Statt seiner amtiert zurzeit ein Kontrollbeamter des Oberverordnungsamtes in den Räumen der Krankenkasse. Die nächsten Tage werden hoffentlich völlige Aufklärung bringen.

Anmeldungen zur Jugendweiche für Johansdorf sind zu richten an Lehrer Demler, Adlershof 7.

Ein Skelet im Kaskofen. Einen graufigen Hund machte man in Dornap bei Oberfeld beim Reinigen eines großen Kaskofens, der an der Landstraße nach Wöllrich zu liegt. In einem der Ecktische lag das ausgefüllte Gerippe eines jungen Menschen, wahrscheinlich eines Knaben. Bei in diesen Leuzigen beim Betrieb des Ofens eine Temperatur von 1000 Grad herrschte, so waren natürlich alle Kleidungsstücke und auch die Pfeilstiele des Unheillichen ganz verbrannt. Im ganzen war aber das Skelet noch so gut erhalten, daß man aus ihm auf einen etwa 15 Jahre alten, 1,40 Meter großen Knaben schließen kann, wie die gerichtsarztliche Untersuchung festgestellt hat. Es war bisher nicht möglich, die Persönlichkeit des Knaben zu ermitteln.

Sport.

Die letzte Nacht!

Noch führen Rieger-Giorgetti...

Den Sturz Debaets, der sich gestern Abend bei der 10-Uhr-Wertung ereignete und den ungewöhnlich starken Fahrer zwang, das Rennen aufzugeben, teilten wir bereits neben dem geglückten Ueberundungsversuch Dewolf-Stockelands im heutigen Morgenblatt mit. Eine sehr gute Mannschaft wurde zum Leidwelen eines jeden Sportfreundes somit gesprengt. Versjan, sein Partner, fährt zunächst als Erfolgsmann weiter, bis A. Vandenhove das Rennen wegen Regenbeschwerden aufgibt. Versjan-G. Vandenhove bilden eine neue Mannschaft (1 Runde zurück, 90 Punkte). Als die Glocke die 2-Uhr-Nacht-Wertung ankündigt, sind 3129,920 Kilometer zurückgelegt. Die Wertung bringt folgende Ergebnisse: 1. Spurt: 1. Gottfried vor Sawall, Krupat und Rieger. 2. Spurt: 1. Möller vor Stockelund, Mac Ramara und Tonant. 3. Spurt: 1. Lewanow vor Gorati, G. Vandenhove und Rieger. 4. Spurt: 1. Horan vor Giorgetti, G. Vandenhove und Tonant. 5. Spurt: 1. Horan vor Tonant, Rieger und Versjan. 6. Spurt: 1. Mac Ramara vor Tonant, Giorgetti und Tich. 7. Spurt: 1. Lewanow vor Sawall, Bauer und Hahn. 8. Spurt: 1. Giorgetti vor Möller, Krupat und G. Vandenhove. 9. Spurt: 1. Lorenz vor Lewanow, Hahn und Gorati. 10. Spurt: 1. Mac Ramara vor Rieger, Tonant und Gottfried.

Der Stand des Rennens nach der 2-Uhr-Nacht-Wertung ist nun folgender: 1. Rieger-Giorgetti 281 Punkte. 2. Mac Ramara-Horan 279 Punkte. 3. Tonant-Sawall 150 Punkte. 4. Hahn-Tich 114 Punkte. 1 Runde zurück: 5. Dewolf-Stockelund 187 Punkte. 6. Bauer-Gottfried 143 Punkte. 7. Versjan-Vandenhove 96 Punkte. 8. Lorenz-Krupat 82 Punkte. 2 Runden zurück: 9. Möller-Lewanow 163 Punkte.

Nur noch wenige Stunden, und die Fahrer haben die lange Reise beendet. Der Siegerplatz ist nach wie vor offen.

